

Der Minister und fake news

Zur Diskussion um den Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg:

Es wird deutlich, dass der beim Abriss eines Atomkraftwerkes anfallende radioaktiv gering strahlende Abfall entsorgt werden muss. Die Frage aber ist: wie, wo und wann? Uwe Bartl, Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Karlsruhe, bringt „finanzielle Anreize für Nachbarkreise ins Gespräch, oder aber die Einrichtung einer eigenen Bauschuttdeponie“, um diesen freigemessenen radioaktiven Müll auf Bauschuttdeponien zu lagern beziehungsweise kurzfristig loszuwerden. Klar ist, dass keine Deponie diesen Müll haben möchte, seit Bürgerinitiativen gegen das Ablagern des freigemessenen Bauschutts demonstrieren.

Hintergrund 1: Den Müll will keiner mehr haben, seit die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg und der Deutsche Ärztetag in 2016 und 2017 Entschlüsse verabschiedet haben. Darin warnen sie vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden durch die allgemeine Wiederverwertung gering radioaktiven Restmülls aus dem Rückbau von Atomkraftwerken oder deren Einbau in konventionelle Bauschuttdeponien.

Hintergrund 2: Nur der Vorstand der Bundesärztekammer hat bei Minister Untersteller von einem „vertretbaren Risiko“ dieser radioaktiven Abfälle gesprochen. Die Beschlüsse der Landes- und Bundesärztekammerparlamente, in denen vor der Verharmlosung der Risiken gewarnt wird, haben aber unverändert volle Gültigkeit. Deshalb ist es ein Skandal, dass Uwe Bartl überhaupt die Idee äußert, sich durch höhere Geldzahlungen über weiter bestehende Gesundheitsrisiken des radioaktiven Restmülls hinwegsetzen zu wollen.

In den BNN ist außerdem zu lesen, wie der grüne Umweltminister Untersteller wider besseren Wissens immer wieder mit dem „stärker strahlenden Düngemittelsack“ fake news streut, um die Gefährlichkeit radioaktiver Niedrig-Strahlung zu verharmlosen.

Fazit: Aus Strahlenschutzgründen muss die belastete Menge so klein wie möglich gehalten und mit dem bestmöglichen technischen Stand sicher verwahrt werden, am besten auf dem Kraftwerksgelände. Wie sich aus Gutachten der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ ergibt, ist dies am besten durch die Lagerung in bunkerähnlichen Bauwerken auf dem Kraftwerksgelände oder in Gebäuden gewährleistet, die nach Entkernung radioaktiv belasteter AKW-Teile am Standort verbleiben können.

Der niedrig strahlende radioaktive Müll muss unter Atomaufsicht bleiben, darf weder auf Bauschuttdeponien gelagert werden, noch über den Straßenbau in die Umwelt gelangen und gar nicht im Metallrecycling in Bratpfannen und Zahnsperren wieder auftauchen.

Wolfgang Oberacker
Linkenheim-Hochstetten

DER RÜCKBAU des Kernkraftwerks
Philippsburg mit seinen Kühltürmen
ist Thema zweier Leserbriefe. Foto: BNN



Deponie gesucht

Freigemessene Rückbauprodukte aus Atomanlagen bleiben ein Problem

Ausschreibung für Beton aus KKP und WAK

Philippsburg. Der Landkreis sucht weiterhin Abnehmer für seine „freigemessenen mineralischen Abfälle“ vom Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg (KKP) und der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe auf dem KIT Campus Nord (WAK). Von Gesetzes wegen ist der Landkreis für die ordnungsgemäße Entsorgung auf einer Deponie zuständig. Doch er hat keine mehr, die geöffnet wäre (die BNN berichteten mehrfach). Um die Abfälle loszuwerden, hat der Landkreis jetzt eine Ausschreibung gestartet. „Die Briefe sind raus“, sagt Uwe Bartl, der den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises leitet. Was ist ausgeschrieben? Sechs Jahre lang will der Landkreis jeweils 1000 Tonnen des „freigemessenen mineralischen Abfalls“ von KKP und WAK – insgesamt 12000 Tonnen – loswerden. Dafür bezahlt er Geld.

Allzu hoch sind Anforderungen an die Deponie nicht – sie muss Abfall einer bestimmten Deponieklasse aufnehmen. Deponien gibt es durchaus. Beispielsweise im nahen Enzkreis. Mit dem hat der Landkreis Karlsruhe sogar einen Vertrag, der auch die Anlieferung mineralischer Abfälle umfasst.

Die Diskussion, wonach der entsorgungspflichtige Kreis Karlsruhe den in Rede stehenden „Atomüll“ beim Vertragspartner Enzkreis loswerden kann, ist eine Luftnummer: Die freigemessenen mineralischen Abfälle können zumindest derzeit nicht auf der Deponie Hamberg gelagert werden. „Für das Material, um das es geht, haben wir keine Zulassung“, sagt Karl-Heinz Zeller. Der vormalige Umweltdezernent des Enzkreises ist jetzt Geschäftsführer der Deponie Hamberg bei Maulbronn.

Indes könnte der Enzkreis ja die Genehmigung für die besagte Deponieklasse beantragen. Doch das wird er wohl nicht tun – der Blick auf den Kreis Ludwigsburg lehrt das. Dort gab es mit Blick auf „Beton aus Atomkraftwerken“ massiven Bürgerprotest. Auch Ärzteorganisationen haben sich wie Umweltverbände gegen die Deponierung des Materials vom Kernkraftwerk Neckarwestheim auf Hausmülldeponien ausgesprochen. Sie äußern Bedenken. Anders der Kreis Karlsruhe: Er sieht diesen Entsorgungsweg als den richtigen an und beruft sich dabei auf fachliche Expertise. Das Umweltministerium ist ebenfalls der Auffassung, dass die Ablagerung dieser sehr gering radioaktiven Abfälle auf konventionellen Deponien unbedenklich ist – Minister Franz Untersteller (Grüne) hat dies vor einigen Wochen bei seinem BNN-Besuch nochmals bekräftigt.

Der Enzkreis hat noch ein anderes Problem. Gegen Jahresende wird sich der Kreistag des Enzkreises mit der Zukunft der Deponie Hamberg befassen. Das war für den Zeitpunkt vereinbart, zu dem 75 Prozent verfüllt sind. Das werde in etwa drei Jahren sein, sagt Zeller. Rechtzeitig solle deshalb geprüft werden, wie bestehende Verträge weitergeführt werden. Das gelte auch für den mit dem Kreis Karlsruhe.

Der sitzt derweil weiterhin auf dem Problem. Findet er einen Abnehmer in einem anderen Bundesland, braucht er die Erlaubnis des Umweltministers. Der vertrat bislang allerdings strikt die Linie, dass der Landkreis Karlsruhe selbst entsorgungspflichtig ist.

Landrat Christoph Schnaudigel betont, dass sich der Kreis Karlsruhe dieser Pflicht bewusst ist und ihr nachkommen werde. „Im Sommer werden wir eine Deponiekonzeption für alle mineralischen Abfälle vorliegen haben. Wenn man aber sieht, wie aufwändig und langwierig Suchverfahren heutzutage sind, ich nenne nur die Stichpunkte Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, dann muss man ehrlicherweise damit rechnen, dass die Abfälle anfallen werden, bevor konkrete Deponiestandorte im Landkreis Karlsruhe gefunden worden sind. Deshalb erkunden wir durch die Ausschreibung auch anderweitige Möglichkeiten, damit der Rückbau nicht aus diesem Grund verzögert wird.“ Matthias Kuld

Im alten Kasten wird der Stecker gezogen

Das näher rückende Ende des Kraftwerks Fessenheim entzweit wieder die Gemüter im Elsass: Jetzt geht es um den Auerhahn

Salut! Ein Tsunami kommt auf die Elsässer zu. Jeder kann es spüren, unter unseren Sohlen rüttelt schon die Erde. Il va falloir s'y faire, ab jetzt müssen wir damit fertig werden. Die von den einen erhoffte oder von anderen gefürchtete Stilllegung des Atomkraftwerks in Fessenheim, die in ein paar Monaten ansteht, wird hierzulande einen psychologischen Bruch in den Gemütern verursachen.

Ohne Zweifel wird man bald von einer Zeit „vor und nach Fessenheim“ reden. „Ce sera notre 11 septembre“, das wird unser 11. September, klingt die Prognose der einen, „plutôt un 14 juillet!“, „eher ein 14. Juli“ meinen die anderen – der Beginn der französischen Revolution anno 1789. Denn es scheint jetzt soweit: spätestens nächstes Jahr soll dem alten Kasten am Rhein ein für alle Mal die Steckdose abmontiert werden. Ein einschneidendes Datum.

„Paul, c'est la tache blanche à gauche...“ „Paul, es ist der weiße Fleck links.“ Wenn sie in den Vogesen wandern, zwischen Markstein und Col de la Schlucht, suchen so manche Elsässer vom Kamm aus die eckigen Gebäude der centrale nucléaire. Da oben wird dann nicht lange über die Zweckmäßigkeit des Kraftwerks diskutiert. Vielleicht später, beim Münsterkäse mit Riesling in einer Ferme-Auberge, aber bis dahin steht es halt einfach da, „ja, da links neben dem Wald, Paul,“ und gehört sozusagen dans la plaine, in der Ebene, zum Panorama.

Die elsässische Postkarte mit AKW sorgt bei manchen seit Jahren für Magenbeschwerden. Und jetzt? „Sans la centrale, ça va faire bizarre“, ohne das Atomkraftwerk wird es schon merkwürdig, bezeugt mein Kumpel Camille, der heute auf der Uni immer frisch rasiert Mathematik unterrichtet, aber früher mit buschigem Vollbart durch manche Demos gegen Atomkraft gezogen ist. „Stop Fessenheim“, klebte jahrelang auf der Satteltasche seines Fahrrads. „C'est le combat d'une vie“, das war für manche der Kampf eines Lebens. Und in Zukunft? Ich muss mal Camille fragen, ob er eine Flasche Crémant öffnet, wenn es mit Fessenheim (Foto: dpa) soweit ist. „C'est prévu au programme l'ami?“ „Hast du so was vorgesehen, mein Freund?“

Viele haben sich früh und jung mit unserem (gehört es uns überhaupt?) AKW beschäftigt. Ich erinnere mich an den Aufwand, den der französische Staat in den frühen siebziger Jahren trieb, pour faire passer la pilule, damit die Bevölkerung die Pille hinunter schluckt, anders gesagt: um das Projekt durchzubringen.

Beeindruckend war zum Beispiel für junge Leute eine hochkarätige technische Wanderausstellung mit hoch moderner Dokumentation und Unterlagen en veux tu en voilà, in Hülle und Fülle. „Où vas-tu mettre tout ça?“ „Wo soll das alles hin“, fragte meine Mutter, als ich mit einem Kubikmeter Akten auf meinem Solex nach Hause kam. „Ein Fernseher ist zehnmal mehr radioaktiv als diese Anlage“, behaupteten damals die Behörden. Faut pas pousser quand même, zu sehr übertreiben, kommt nie gut an. Anfang dieses Jahres hat die Regierung angekündigt, dass sich nun endlich ein Lenkungsausschuss mit der Umstellung des Kernkraftwerks befassen wird. Keine gute Nachricht für die 1 200 Angestellten, die überhaupt nicht wissen à quelle sauce ils vont être mangés, was ihnen demnächst blüht.

Zur gleichen Zeit machen sich manche schwere Gedanken, wie sie weiterkommen könnten mit ihrem Windmühlen-Projekt in den Vogesen, und zwar auf dem Kamm neben Le Bonhomme, oberhalb von Kayzersberg und seinem berühmten Weihnachtsmarkt.

Seit 13 Jahren wird da verhandelt und gestritten. Anhänger und Gegner haben sogar schon am selben Tag und am selben Ort heftig demonstriert. „Bonjour l'ambiance sur le pré!“ Tolle Stimmung auf der Wiese!

Für Kurzschluss zwischen den beiden Gruppen sorgt der Auerhahn, der sich da oben mit seinem Frauchen zurückgezogen hat. Der scheue Hühnervogel könnte von den Windturbinen gestört werden, behaupten die grünen Tierfreunde. Total falsch, antworten die anderen, die auch Tierfreunde und grün sind. Mit diesem Spektakel haben es natürlich die Spötter im Tal leicht: „Qu'il aille nicher à Fessenheim, il sentira la différence.“ „Ach was, der Vogel soll doch mal in Fessenheim nisten, dann spürt er den Unterschied.“

Ich mach besser Schluss für heute, denn das ist gewiss encore un motif pour se faire traiter de tous les noms d'oiseaux, wieder mal ein Grund, um mit allen Vogelnamen beschimpft zu werden.

Jean Marc Thiébaud, viele Jahre stellvertretender Chefredakteur der „Dernières Nouvelles d'Alsace“, schreibt an dieser Stelle regelmäßig über seine Beobachtungen im Elsass.



Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | AUS DER REGION | 15.03.2018 | Seite 31

Trinkwasserproben mit Spannung erwartet

**Experten rechnen ab Ostern mit den Ergebnissen des Vorerntemonitorings /
Bürgermeister unbesorgt**

Gesundheitsamt rechnet nicht mit höherem PFC-Wert

Chemikalien werden verschieden aufgenommen

Von unserem Redaktionsmitglied Heike Schaub

Bruchsal. Die Felder liegen zum großen Teil noch brach: Im Herbst wurde dort Winterweizen ausgesät und auch ein Spargelfeld ist angelegt. Frühestens zu Ostern, wenn auf einem der Felder der erste Spargel gestochen wird, kann beim Vorerntemonitorings festgestellt werden, ob die dort wachsenden Pflanzen und Erzeugnisse mit der per- und polyfluorierten Chemikalie (PFC) belastet sind.

Wie bereits berichtet, hatte das Landratsamt Karlsruhe in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Boden- und Grundwasserproben sowie erneute Trinkwasseranalysen veranlasst. Auf den Gemarkungen der Gemeinden Oberhausen-Rheinhausen, Philippsburg und Waghäusel wurden daraufhin in sieben von 16 untersuchten landwirtschaftlichen Flächen eine PFC-Belastung oberhalb des gesetzlich festgelegten Warnschwellenwerts von eins festgestellt.

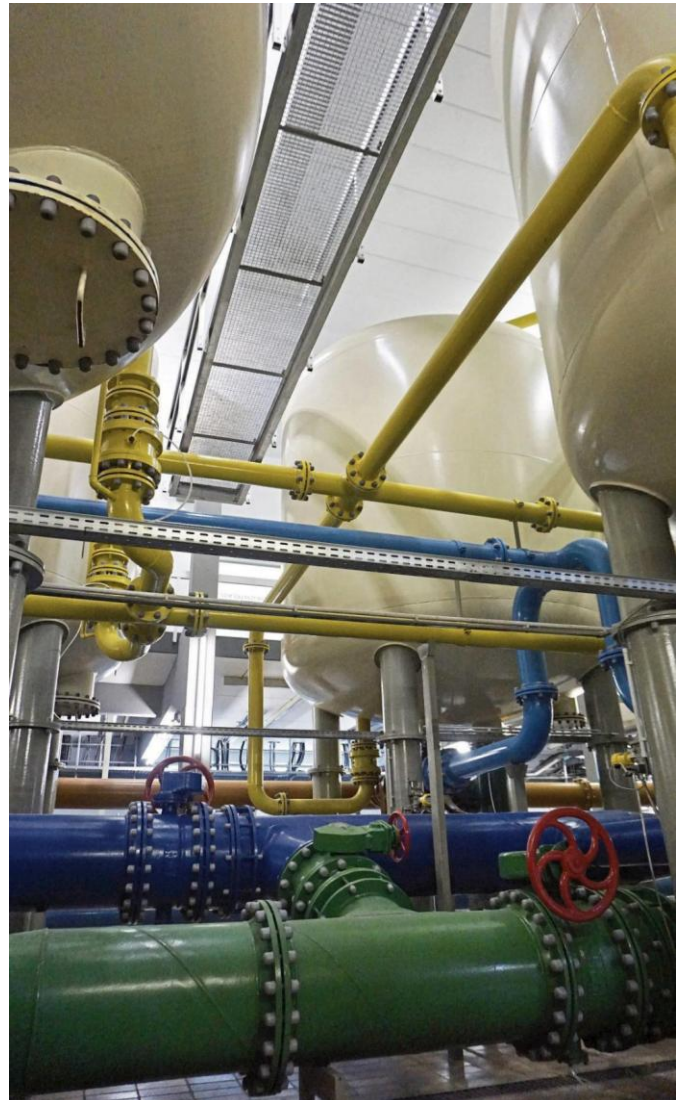
„Wir warten ab, was die Trinkwasserproben ergeben“, verweist Waghäusels Oberbürgermeister Walter Heiler auf die Ergebnisse der Untersuchung. Nach Angaben aus dem Gesundheitsamt des Landkreises wurden am Montag in den Wasserwerken von Oberhausen-Rheinhausen, Philippsburg und Waghäusel Trinkwasserproben entnommen. Ebenso in Stutensee, wo 2014 bei den damaligen Proben minimal über den Vorsorgewert erhöhte Werte gemessen wurden. Das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Sigmaringen wird bis Mitte nächster Wochen die Trinkwasserproben unter die Lupe nehmen.

Laut Ulrich Wagner, Abteilungsleiter für Gesundheitsschutz beim Karlsruher Landratsamt, wurden die Proben an der Übergangsstelle vom jeweiligen Wasserwerk in das Trinkwassernetz genommen. „Wir rechnen nicht damit, dass wir Werte über dem Vorsorgewert finden“, verweist Wagner im BNN-Gespräch auf mit Papierschlamm verunreinigte Komposte, die bereits vor einigen Jahren in die Böden eingearbeitet wurden. Weder Oberhausen-Rheinhausens Bürgermeister Martin Büchner noch Philippsburgs Bürgermeister Stefan Martus rechnen mit einer positiven PFC-Probe. In Philippsburg wurden erst vor kurzem auf Grund der Stilllegung der Firma Goodyear Trinkwasserproben entnommen, die keinen negativen Befund nach sich gezogen hätten. Laut Umweltamt seien die betroffenen landwirtschaftlichen Flächen aber auch nicht im Einzugsgebiet des Wasserwerks von Philippsburg.

Ziemlich gespannt dürften auch die fünf Landwirte sein, auf deren Feldern Proben des Oberbodens entnommen und in sieben Fällen Werte über dem gesetzlichen Warnschwellenwert festgestellt wurden. Bei einem Gespräch im Landwirtschaftsamt Bruchsal Ende Februar haben sie sich nach Angaben von Amtsleiter Ulrich Kraft sehr kooperativ gezeigt: „Keiner wollte was unter dem Deckel halten oder vertuschen.“ Für die Landwirte sei es existenziell wichtig, sich einen Zettel ans Hoftor zu hängen, das etwa ihr Spargel unbelastet ist, so Kraft.

Jeweils zehn Tage vor dem Erntetermin entnehmen deshalb Mitarbeiter des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg in Karlsruhe-Durlach beim Vorerntemonitoring Proben und untersuchen sie auf PFC. Beim Winterweizen ist mit Ergebnissen Ende Juli zu rechnen.

Je nach Pflanze wird PFC ganz unterschiedlich in Blättern oder Früchten aufgenommen: Beim Mais ist der PFC-Gehalt beispielsweise in den Blättern höher als in den Körnern, wie Joachim Schneider, Leiter des Umweltamtes hervorhebt. Mit der Aussaat von eher wenig belasteten Pflanzen in der Fruchtfolge können die Landwirte so lenkend eingreifen.



IN DEN WASSERWERKEN von Oberhausen-Rheinhausen, Philippsburg und Waghäusel wurden jetzt Trinkwasserproben entnommen. Auf deren Gemarkungen waren mit PFC belastete Flächen festgestellt worden.
Archivfoto: Collet

„Schlecht für die Sicherheit“

Auch Umweltminister Untersteller kritisiert AKW-Neustart in Fessenheim

Karlsruhe/Fessenheim (ctö). Der geplante Neustart von Block 2 des Atomkraftwerks Fessenheim sorgt im Südwesten weiter für heftige Kritik.

Nach der Karlsruher Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl meldete sich jetzt auch Umweltminister Franz Untersteller (beide Grüne) zu Wort. „Der Betrieb mag für die Gewinne der EdF gut sein, für die Sicherheit ist er schlecht“, betonte Untersteller am Dienstag. Anfang der Woche hatte die französische Atomaufsicht ASN entschieden, Block 2 des von der Electricité de France (EdF) betriebenen Kernkraftwerks in Fessenheim wieder für die Stromproduktion freizugeben (die BNN berichteten). Zuvor war der Block Mitte 2016 wegen erheblicher Sicherheitsbedenken abgeschaltet worden. „Auch wenn die französische Atomaufsicht den Dampferzeuger jetzt für sicher hält, trotz fehlerhafter Fertigung: Fessenheim erfüllt nach Auffassung von Experten des Öko-Instituts nicht die Sicherheitsanforderungen an ein aktives Kernkraftwerk“, teilte Untersteller weiter mit. Der baden-württembergische Umweltminister forderte Paris erneut auf, seine Pläne für ein endgültiges Aus des AKW zügig voranzutreiben: „Es darf kein Zögern mehr geben. Ende 2018 muss Fessenheim für immer vom Netz.“

Komplexe Kühltürme

Sprengung im Jahr 2020 noch einmal bestätigt

Philippsburg (madl). Mit Blick auf die bislang 2020 geplante Sprengung der beiden Kühltürme am Kernkraftwerk Philippsburg legt Landrat Christoph Schnaudigel (CDU) Wert auf einen öffentlichen Erörterungstermin. Das geht aus einem Schreiben des Landrats an Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hervor. Zuvor hatte der Minister Schnaudigel gegenüber die komplexe Situation in der Sache dargelegt. Seinem Schreiben zufolge wurde „anders als der Kühlturm des Kernkraftwerks Philippsburg Block I der des Block II atomrechtlich genehmigt“. Er gehöre damit zur Anlage nach Atomgesetz. Die Antragstellerin EnBW Kraftwerk GmbH (EnKK) habe in ihrem Antrag auf Genehmigung der Stilllegung und des Abbaus des Blocks II die Entlassung des Kühlturms aus der atomrechtlichen Überwachung noch vor dem Abriss beantragt. Das, so schreibt der Minister dem Landrat, der als Vorsitzender der Infokommission zum Kernkraftwerk zu mehr Transparenz in der Sache beigetragen habe, „werde ich nicht zulassen“. Untersteller will vielmehr, dass der „vorgesehene Abriss des Kühlturms des Blocks II formal und materiell im atomrechtlichen Verfahren behandelt wird“.

Er will zudem, dass „in der von der Antragstellerin im Genehmigungsverfahren zum Abbau von KKP II zu erstellenden Umweltverträglichkeitsunterlage die Umweltauswirkungen des Abrisses beider Kühltürme zu untersuchen sind“. Dazu gehöre auch eine Untersuchung der Varianten eines mechanischen Abrisses oder einer Sprengung. Die EnKK hat sich für die Sprengung entschieden und den geplanten Termin 2020 in dieser Woche noch einmal bestätigt. Es müsse, so Untersteller weiter, nachgewiesen werden, dass die Kühltürme nicht radioaktiv kontaminiert sind.

Hinsichtlich des öffentlichen Erörterungstermins war der Minister vage geblieben: „Der Abriss der Kühltürme bedarf neben eines atomrechtlichen auch eines baurechtlichen Verfahrens. Insoweit ergibt sich die zutreffende Verfahrensart alleine aus dem Baurecht. Die wichtigen Prüfungen erfolgen aber im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren und können auch Gegenstand eines Erörterungstermins sein.“ Hier hat nun Landrat Schnaudigel nachgehakt.

Zuvor hatte die EnKK angekündigt, „die Umweltauswirkungen des Abbruchs der Kühltürme von KKP II und KKP I in der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Genehmigungsverfahren zu Stilllegung und Abbau von KKP II berücksichtigen“ zu wollen.